



MAKROANALYSE 28/9/2015

Polarisierung und Politikblockaden in den USA

von Norbert F. Tofall

- Polarisierungen entstehen in der modernen Gesellschaft vornehmlich dann, wenn *erstens* die Ursachen von Problemen und Konflikten nicht auf ungeeignete Vorteils- und Anreizstrukturen zurückgeführt werden, sondern auf die mangelnde Moral von individuellen Akteuren, und wenn *zweitens* die gesamte Gesellschaft auf gemeinsame Ziele verpflichtet werden soll.
- Politische Polarisierungen führen in den USA aufgrund des Systems der Checks and Balances in der Regel zu Politikblockaden.
- Unabhängig vom konkreten Ausgang der Präsidentenwahl 2016 dürfte eine wirtschaftspolitische Wende, die diesen Namen verdient, unwahrscheinlich sein.

Präsident Barack Obama trat 2009 sein Amt mit dem Versprechen an, die parteipolitischen Gräben in den USA aus der polarisierten Ära seines Vorgängers zu überwinden.¹ Nichtsdestotrotz führten seit 2010 sowohl die Auseinandersetzungen über Obamas Gesundheitsreform als auch der sogenannte Schuldenkrieg zwischen Kongreß und Präsident zu einer weiteren Polarisierung der politischen Auseinandersetzung. Da die Bereiche soziale Sicherheit und Gesundheit seit den 80er Jahren die größten Treiber der US-Staatsverschuldung darstellen,² war eine sich

weiter steigernde Polarisierung der Politik bereits im Sachzusammenhang angelegt, erreichte jedoch durch eine sich steigernde Ideologisierung und Moralisierung aller Politikbereiche eine besondere Dynamik. Im amerikanischen politischen System führt eine zunehmende Polarisierung der politischen Auseinandersetzung in der Regel aber nicht zu Politikwenden, sondern zu Politikblockaden.

I. Politische Polarisierung in der modernen Gesellschaft

Der Sozialphilosoph und Ökonom Friedrich August von Hayek hat neben Karl Popper darauf hingewiesen, daß Stammesgesellschaften ihre Mitglieder auf gemeinsame spezifische Ziele verpflichten und deshalb zielverknüpft sind. Moderne offene Gesellschaften sind hingegen mittelverknüpft. Erst durch den Verzicht auf vorgegebene gemeinsame spezifische Ziele

¹ Die New York Times bezeichnete Barack Obama sogar als „post-polarization candidate“, siehe EMIL HÜBNER; URSULA MÜNCH: *Das politische System der USA. Eine Einführung*, 7., überarbeitete und aktualisierte Auflage, München (Beck) 2013, S. 71.

² Vgl. DAVID R. HENDERSON; JEFFREY ROGERS HUMMEL: „The Inevitability of U.S. Government Debt Default“, in: *The Independent Review*, Volume 18, Nr. 4, Spring 2014, pp. 527 – 528; siehe auch das Kapitel „Amerikas Wohlfahrtsstaat in Zahlen“ in: WILLIAM VOEGELI: *Amerikas Abschied vom Kapitalismus*, ins Deutsche übersetzt von Hardy Bouillon, Berlin (Ambition) 2011, S. 23 – 75.



kann eine offene Gesellschaft freier Menschen entstehen, in der die verschiedenen Mitglieder von den Tätigkeiten aller anderen nicht nur trotz, sondern oft sogar auf Grund der Verschiedenheit ihrer jeweiligen Ziele profitieren.³ Das heißt, daß gerade die moderne Gesellschaft als „ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil“ zu begreifen ist, wie es der Philosoph John Rawls formuliert hat. Deshalb sind in der modernen Gesellschaft bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme Vorteile und Anreize zu betrachten, nicht vermeintlich gemeinsame, spezifische Ziele.⁴

Für die meisten Menschen sind Vorteile und Anreize das Gegenteil von Moral und Ethik. Mit Hayek läßt sich dieses Phänomen dadurch erklären, daß sich die heute immer noch vorherrschende moralische Tradition aus der zielverknüpften Stammesgesellschaft herleitet. Die meisten Menschen weigern sich auch heute noch, von den kleinen Verhältnissen der Stammesgesellschaft auf die großen Verhältnisse der modernen Gesellschaft umzudenken. Damit geht die Gefahr einher, daß die moderne Gesellschaft, die im beispiellosen Umfang Wohlstand für alle ermöglicht hat, sich selbst blockiert, wenn nicht gar selbst zerstört.⁵

³ Siehe bspw. FRIEDRICH A. VON HAYEK: „Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung (1966)“, in: DERS.: *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie*, herausgegeben von Viktor Vanbert, Tübingen (Mohr) 2002, S. 69 – 87, hier S. 72 – 74, insbs. S. 72: „Deshalb können Begriffe wie Gemeinwohl oder öffentliches Interesse in einer freien Gesellschaft nie als Summe bestimmter anzustrebender Ziele definiert werden, sondern nur als abstrakte Ordnung, die als Ganzes nicht an irgendwelchen konkreten Zielen orientiert ist... Die große Bedeutung der spontanen Ordnung oder Nomokratie liegt darin, daß sie eine friedliche Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen der Menschen über den kleinen Kreis derjenigen hinaus ermöglicht, die dieselben konkreten Ziele verfolgen.“

⁴ Siehe NORBERT TOFALL: „Überwindung von Politikblockaden“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Juni 2003, Nr. 132, S. 12.

⁵ Ebd.

Politische Polarisierungen entstehen in der modernen Gesellschaft vornehmlich dann, wenn *erstens* die Ursachen von Problemen und Konflikten nicht auf ungeeignete Anreiz- und Vorteilsstrukturen zurückgeführt werden, sondern auf die mangelnde Moral von individuellen Akteuren, und wenn *zweitens* die gesamte Gesellschaft entgegen den Strukturbedingungen der modernen Gesellschaft finalisiert, also einem gemeinsamem Ziel unterworfen werden soll.

So hat angeblich die Gier der Banker maßgeblich die Finanzkrise von 2007/2008 hervorgerufen. Nur wenige Menschen berücksichtigen die Strukturbedingungen der modernen Gesellschaft und untersuchen, inwiefern die bestehenden, offensichtlich ungeeigneten Anreiz- und Vorteilsstrukturen, zu denen auch die herrschende Geldordnung gehört, allgemeinen und abstrakten Regeln widersprechen. Denn nur durch allgemeine und abstrakte Regeln, die unparteiisch und unabhängig vom konkreten Ergebnis im Einzelfall durchgesetzt werden müssen, kann eine Ordnung errichtet und aufrechterhalten werden, die es jedem Bürger ermöglicht, seine je individuellen Ziele und Zwecke unabhängig von der nötigen Willkür durch andere zu verfolgen,⁶ so daß Konflikte regelgebunden und für alle nachvollziehbar gelöst werden können.⁷

⁶ Siehe NORBERT TOFALL: „Moral und Spielregeln. Überzeugungsarbeit im Geiste Friedrich August von Hayeks“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Mai 2004, Nr. 102, S. 14.

⁷ Siehe FRIEDRICH A. VON HAYEK: ... a. a. O., S. 74: „Die Ausbreitung einer friedlichen Ordnung über den Bereich der kleinen, zweckorientierten Organisation hinaus wurde möglich, als man die zweckunabhängigen (>>formalen<<) Verhaltensregeln auch auf die Beziehungen zwischen Menschen ausdehnte, die nicht die gleichen konkreten Ziele verfolgten und die, abgesehen von den abstrakten Verhaltensregeln, auch nicht die gleichen Werte anerkannten. Diese abstrakten Verhaltensregeln *erzwingen keine bestimmten Handlungen* (was immer ein konkretes Ziel voraussetzt), sondern verbieten lediglich, die geschützte Sphäre



Moralisierende Schuldzuweisungen knüpfen zwar teilweise an Vorteils- und Anreizstrukturen an, bedienen aber primär ein polarisierendes Freund-Feind-Verständnis von Politik⁸ auf der persönlichen Charakterebene. So ist die Gier der Banker, welche entweder eine Heuschreckenplage oder ohnehin nur Nieten in Nadelstreifen darstellen, heute ebenso sprichwörtlich wie die korrumpierte Politikerklasse, die als Nettotransferempfänger ihre eigenen Interessen räuberisch gegen das Volk verfolge und meistens mit den Nieten in Nadelstreifen eine Interessenkoalition zur Ausbeutung des produktiven Teils der Gesellschaft gebildet habe. Derartig moralisierende Schuldzuweisungen zielen auf die Person und nicht auf die zu ändernden Vorteils- und Anreizstrukturen. Letztlich wird sich dem Umdenken von kleinen auf große Verhältnisse verweigert.⁹

eines Individuums zu verletzen, die durch eben diese Regeln abgesteckt sind.“

⁸ In den USA hat das heute dort zu beobachtende polarisierende Freund-Feind-Verständnis von Politik aber noch längst nicht die von einem deutschen Verächter des Parlamentarismus, Carl Schmitt, gemeinte Dimension erlangt und ist von diesem, weil nicht auf Legitimitätsentzug der parlamentarischen Demokratie gerichtet, strikt zu unterscheiden. CARL SCHMITT: *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*, Berlin (Duncker & Humblot) 1963, S. 28 – 29: „Die Begriffe Freund und Feind sind in ihrem konkreten, existenziellen Sinn zu nehmen, nicht als Metaphern oder Symbole, nicht vermischt und abgeschwächt durch ökonomische, moralische und andere Vorstellungen, am wenigsten in einem privat-individualistischen Sinne psychologisch als Ausdruck privater Gefühle und Tendenzen. Sie sind keine normative und keine „rein geistigen“ Gegensätze... Hier handelt es sich nicht um Fiktionen und Normativitäten, sondern um die seinsmäßige Wirklichkeit und die reale Möglichkeit dieser Unterscheidung... Feind ist also nicht der Konkurrent oder der Gegner im allgemeinen. Feind ist auch nicht der private Gegner, den man unter Antipathiegefühlen haßt. Feind ist nur eine wenigstens eventuell, d. h. der realen Möglichkeit nach *kämpfende* Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist nur der *öffentliche* Feind, weil alles, was auf eine solche Gesamtheit von Menschen, insbesondere auf ein ganzes Volk Bezug hat, dadurch *öffentlich* wird.“

⁹ Der Ausdruck „große Verhältnisse“ steht für die große und offene moderne Gesellschaft, die ein Gesellschaftssystem ist, „dessen Wirkungsweise nicht davon

Dieses polarisierende Freund-Feind-Verständnis von Politik wird dann auf der ideologischen Ebene verstärkt, wenn gesellschaftliche und politische Konflikte und Probleme mit Berufung auf ein vermeintlich gemeinsames Ziel der gesamten Gesellschaft gelöst werden sollen. Die jeweiligen Vertreter der unterschiedlichen gesamtgesellschaftlichen Ziele, die sich bereits auf der persönlichen Ebene gegenseitig moralisch disqualifiziert haben, stehen sich dann in der Rolle des Wächters der jeweils höheren Werte erneut als Freund und Feind gegenüber und bekämpfen sich noch unnachgiebiger, da sie sich durch das vermeintlich höhere Ziel für die gesamte Gesellschaft zusätzlich legitimiert fühlen. Wenn sich die politischen Akteure als Freund und Feind gegenüberstehen, dann wollen sie sich nicht auf der Grundlage von Vorteilen und Anreizen verständigen. Jede Seite versucht, der anderen Seite und damit der gesamten Gesellschaft die eigenen Ziele und Moralvorstellungen mittels staatlichen Zwangs zu oktroyieren.

Das verweigerte Umdenken von kleinen auf große Verhältnisse und der oftmals damit einhergehende Versuch, die gesamte Gesellschaft zu finalisieren, verstärken sich so gegenseitig.

II. Politikblockaden in den USA

Da die institutionellen Strukturen in den USA nicht auf einseitige Richtungsentscheidungen ausgelegt sind, diese im Gegenteil sogar verhin-

abhängt, daß wir gute Menschen finden, die es haben, oder davon, daß alle Menschen besser werden, als sie jetzt sind, sondern ein System, das aus allen Menschen in all ihrer Verschiedenheit und Kompliziertheit Nutzen zieht, die manchmal gut und manchmal schlecht, oft gescheit, aber noch öfter dumm sind“, schreibt FRIEDRICH A. VON HAYEK: „Wahrer und falscher Individualismus (1945)“, in: DERS.: *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie*, herausgegeben von Viktor Vanbert, Tübingen (Mohr) 2002, S. 3 – 32, hier S. 13.



dern sollen, führen politische Polarisierungen in den USA in der Regel zu einer Selbstblockade der Politik. In einem politischen System wie dem der USA wird durch Checks and Balances ein Durchregieren einer Seite und damit eine Verpflichtung der gesamten Gesellschaft auf ein konkretes Ziel institutionell bewußt erschwert und soll aus verfassungspolitischen Gründen möglichst verhindert werden.

Das präsidentielle Regierungssystem der USA ist nach einer häufig zitierten Formel „ein Regierungssystem mit getrennten Institutionen, die sich in die Ausübung der Gewalten teilen“ (a government of separated institutions sharing powers).¹⁰ Checks and Balances zwischen diesen Institutionen führen dazu, daß der Präsident letztlich nichts Entscheidendes ohne den Kongreß und der Kongreß nichts ohne den Präsidenten durchsetzen kann.

Zum einen kann der amerikanische Präsident formal keine eigenen Gesetzesinitiativen in den Kongreß einbringen. Andererseits kann der amerikanische Präsident gegen Gesetzesbeschlüsse des Kongresses sein Veto einlegen, obwohl *allen* Gesetzen sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus mit einfacher Mehrheit zugestimmt worden sein muß. Nur mit einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses kann das präsidentielle Veto überstimmt werden.¹¹ Präsident und Kongreß können sich deshalb weitgehend gegenseitig blockieren.

Präsident und Kongreß werden in getrennten Wahlen bestimmt, wobei der Präsident alle zwei Jahre wegen der Halbzeitwahlen (midterm elections) mit veränderten Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses rechnen muß.

Der Kongreß kann den Präsidenten jedoch nicht wegen politischer Meinungsverschiedenheiten oder geänderter Mehrheiten stürzen, es sei denn, dem Präsidenten können in einem gerichtssähnlichen Verfahren strafrechtlich relevante Vergehen nachgewiesen werden. Der Präsident kann den Kongreß seinerseits nicht auflösen.¹²

Dieses System von Checks and Balances, das dafür sorgt, daß der Kongreß letztlich nichts ohne den Präsidenten politisch durchsetzen kann und der Präsident nichts ohne den Kongreß, erfordert im Alltag der politischen Entscheidungsfindung und Entscheidungsdurchsetzung ein überparteiliches Agieren und Verständigen. Dieses überparteiliche Agieren und Verständigen kann nur in den seltenen Fällen vernachlässigt werden, in denen sowohl der Präsident als auch die beiden Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus politisch das gleiche Programm verfolgen. Das ist nur dann wahrscheinlich, aber nicht immer der Fall, wenn sie aus der gleichen Partei stammen, was jedoch oftmals nicht der Fall ist.

Das erforderliche überparteiliche Handeln wird aber nahezu unmöglich, wenn *erstens* die Ursachen von Problemen und Konflikten auf die mangelnde Moral von individuellen Akteuren zurückgeführt wird und wenn *zweitens* die gesamte Gesellschaft nicht mittel-, sondern zielverknüpft wird, also einem gemeinsamen materialen Ziel unterworfen werden soll. Die so entstehenden Freund-Feind-Konstellationen führen zu ausgeprägten Politikblockaden.

¹⁰ Siehe EMIL HÜBNER; URSULA MÜNCH: *Das politische System der USA. Eine Einführung*, 7., überarbeitete und aktualisierte Auflage, München (Beck) 2013, S. 116.

¹¹ Siehe Ebd., S. 115.

¹² Vgl. Ebd., S. 113 – 114.



III. Folgen von überparteilichem Handeln in den Vereinigten Staaten

Das durch die Checks and Balances erforderliche überparteiliche Handeln hat die positiv zu bewertende Folge, daß in den USA weder der Senat und das Repräsentantenhaus noch der Präsident durchregieren können, sondern sich alle Seiten gegenseitig verständigen müssen. Die Checks and Balances können so zu einer Begrenzung der Regierungstätigkeit (limited government) führen. Besonders positiv zu bewerten ist es, falls die Ergebnisse dieser Verständigung gute Kompromisse im Sinne von Gesetzen sind, die dem Kriterium von allgemeinen und abstrakten Regeln entsprechen. Das ist jedoch nicht mit Notwendigkeit der Fall. Das überparteiliche Agieren und Verständigen kann auch zur Aushandlung von faulen Kompromissen führen, das heißt zu Kompromissen, die zu Lasten Dritter oder der Zukunft gehen.

So ist die seit Anfang der 80er Jahre enorm angestiegene Staatsverschuldung die Folge der überparteilichen Budget-Deals. Zur Durchsetzung seiner Reformpolitik war Ronald Reagan gezwungen, mit den Demokraten Kompromisse zu vereinbaren, die in der Zukunft zu einem der Haupttreiber der Staatsausgaben und Staatsverschuldung werden sollten. „What brought this spending to such a high level in the 1980s and 1990s is that, in various budget deals from the mid- to late 1980s, President Reagan’s staff, negotiating with southern California Democratic congressman Henry Waxman, accepted expanded eligibility for Medicaid in the future in return for modest tightening in the present.“¹³ Die überparteilichen Budget-Deals der 80er haben in der Zukunft eine sich steigernde Kostenlawine im Gesundheitswesen ausgelöst.

Derartige faule Kompromisse, die aus der Not zum überparteilichen Agieren geboren wurden, haben in den USA den Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt sowohl unter republikanischen als auch demokratischen Präsidenten ständig ansteigen lassen. Nur unter dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton wurde dieser wachsende Anteil von 1998 bis 2001 für kurze Zeit zurückgefahren. Die Höhe der Staatsverschuldung in den USA ist also kein kurzzeitiges, konjunkturelles Problem, sondern hat sich über Jahre aufgebaut und verschärft.

Das „statutory debt limit“, die zulässige gesetzliche Höchstgrenze für die öffentliche Verschuldung, das 1917 mit dem „Second Liberty Bond Act“ eingeführt worden war, wurde seit 1981 ständig erhöht. Nachdem der Kongreß das „statutory debt limit“ am 12. Februar 2010 von 12,4 Billionen USD auf 14,3 Billionen USD heraufgesetzt hatte, das US-Finanzministerium 2011 aber trotzdem erklärte, daß diese Begrenzung nur bis zum 2. August 2011 ausreichend sei und dann die Zahlungsunfähigkeit der USA drohe, entwickelte sich in Washington zwischen Präsident und Kongreß ein Schuldenkrieg. Aber auch dieser „debt fight“ und die Einführung eines „fiscal cliff“, also automatische Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen bei Nichteinigung auf einen Haushalt, konnten die Erhöhung der Staatsverschuldung und der Schuldenobergrenze nicht aufhalten.

Das Problem ist ein überparteiliches und kann weder den Republikanern noch den Demokraten alleine angelastet werden: „While the Obama administration lectures Europe about the latter’s fiscal policies, Washington continues to run deficits. The problem is bipartisan... Spending has continued ever upward under Republicans and Democrats, conservatives and liberals, saints and scoundrels. Without creating some institutional barriers to political plunder

¹³ DAVID R. HENDERSON; JEFFREY ROGERS HUMMEL: „The Inevitability of U.S. Government Debt Default“... a.a.O., S. 530.



the system will continue to produce the same overall results, despite slight differences in exactly how much is spent on whom and when.¹⁴

Das ist leichter gesagt als getan. Die Einführung und Durchsetzung von derartigen institutionellen Grenzen und Regeln bedarf eines überparteilichen Konsenses und ein gemeinsames Handeln von Präsident, Senat und Repräsentantenhaus. Wie ein derartiger überparteilicher Konsens in der derzeitigen politischen Lage, die durch erhöhte politische Polarisierung geprägt ist, gefunden werden soll, ist momentan nicht abzusehen.

Ein öffentlicher Druck, der konsensstiftend über die Medien auf die politischen Akteure einwirken könnte, ist mehr als unwahrscheinlich. Denn ein weiterer „Trend in den Vereinigten Staaten besteht in der deutlich einseitiger gewordenen Berichterstattung bestimmter Medien, die bisweilen sogar Kampagnencharakter annimmt... Es zeigt sich also eine starke Ideologisierung wichtiger Teile der amerikanischen Medienlandschaft.“¹⁵

IV. Die derzeitige politische Lage in den USA

Die Wahlen zum 114. Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika, der vom 3. Januar 2015 bis zum 3. Januar 2017 tagt, haben der Republikanischen Partei die Kontrolle sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus verschafft. Mit 247 von 435 Sitzen im Repräsentantenhaus und 54 von 100 Sitzen im Senat

besitzt die Republikanische Partei die größte Mehrheit seit dem 71. Kongreß von 1929 bis 1931. Diese Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses eröffnet prinzipiell große Chancen, weil die Republikaner für jedes gewünschte Gesetz in beiden Kammern des Kongresses eine einfache Mehrheit bekommen können, ohne von vornherein auf Kompromisse mit den Demokraten angewiesen zu sein.

Es ist jedoch fraglich, ob die Grand Old Party diese Mehrheit unter dem demokratischen Präsidenten Obama, der noch bis Januar 2017 im Amt ist, nutzen kann. Der Präsident kann gegen jedes Gesetz ein Veto einlegen, welches nur durch eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses überstimmt werden kann. Da die Republikaner die beiden Zweidrittelmehrheiten ohne Stimmen aus dem demokratischen Lager nicht erreichen können, müssen sie entweder mit den Demokraten im Senat und im Repräsentantenhaus die Verständigung suchen oder mit dem demokratischen Präsidenten und vermutlich oftmals mit beiden. Aufgrund der derzeitigen politischen Polarisierung werden sich Kongreß und Präsident aber vermutlich weiterhin bis Januar 2017 weitgehend gegenseitig blockieren.

Da die innerhalb der Republikanischen Partei agierende Tea-Party-Bewegung bereits die Verdoppelung der Staatsverschuldung unter Obamas Vorgänger George Bush Jr. kritisiert hatte, war es für sie nur konsequent, erst recht die expansive Geld- und Fiskalpolitik zur Ankurbelung der Nachfrage, die Obama zum Programm erhoben hat, abzulehnen. Dazu kam und kommt der Kampf um Obamas Gesundheits- und Sozialpolitik.¹⁶ Neben anderen po-

¹⁴ DOUG BANDOW: „Preparing for the Next Debt Fight. Feckless Republicans need a Niskanen Amendment to slow federal spending and stop debt“, in: *The American Spectator*, March 15th, 2015, online zuletzt abgerufen am 28. September 2015 unter:

<http://spectator.org/articles/61949/preparing-next-debt-fight>

¹⁵ EMIL HÜBNER; URSULA MÜNCH:... a.a.O., S. 111 – 112.

¹⁶ Zur Zeit treibt US-Präsident Obama die sogenannte Europäisierung des amerikanischen Arbeitsrechts kleinschrittig und fragmentarisch auf dem Verordnungswege in Bereichen voran, in denen er keine Zustimmung des Kongresses benötigt, siehe „Obamas Sozialpolitik“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom



litisch-kulturellen Themen, die unter anderem von evangelikaler Seite in die Republikanische Partei und die Medien getragen wurden, entwickelte sich so eine Polarisierungsspirale, die eine Politikblockade erzeugt hat, welche Präsident Obama gezwungen hat, politische Erfolge mehr und mehr in der Außenpolitik zu suchen.

Die politische Polarisierungsspirale wird aber nicht nur von der Tea Party angetrieben, sondern auch aus anderen Kreisen des Kongresses, welche in diesem Frühjahr während der Iran-Atom-Gespräche der iranischen Führung einen offenen Brief schrieben, um mit dem Hinweis auf die Entscheidungsbefugnisse des Kongresses die außenpolitische Autorität des eigenen Präsidenten zu untergraben. Eine derartig feindselige Fortsetzung der amerikanischen Innenpolitik in der Außenpolitik hat es bislang nicht gegeben.

In der Studie „Political Polarization in the American Public“ aus dem Jahr 2014 arbeitete ein Research Team des Pew Research Center auf der Grundlage einer us-weiten Befragung von über zehntausend erwachsenen amerikanischen Bürgern heraus, daß Republikaner und Demokraten heute deutlich mehr entlang ideologischer Linien geteilt sind und die Abneigung gegen die jeweils andere Partei tiefer und weit ausgeprägter ist als in den letzten zwei Dekaden. Dieser Trend manifestierte sich auf unzähligen Feldern sowohl in der Politik als auch im Alltagsleben der Amerikaner. Diese Polarisierung sei am stärksten ausgeprägt zwischen den am meisten engagierten und aktiven Menschen im politischen Prozeß¹⁷: „The signs of political

polarization are evident on both ends of the political spectrum, though the trajectory, nature and extent differ from left to right... However, there is as much ideological uniformity on the left as the right. The share of Democrats holding consistently liberal views has grown steadily over the past 20 years, quadrupling from 5 % in 1994 to 23 % today. Social issues like homosexuality and immigration that once drove deep divides within the Democratic Party are now areas of relative consensus. And Democrats have become more uniformly critical of business and more supportive of government.”¹⁸

Letzteres zeigt sich besonders am Programm des Senators Bernie Sanders.¹⁹ Sanders, der Senator von Vermont ist und nie offizielles Mitglied der Demokraten war, wirbt mit seiner Präsidentschaftskandidatur für einen demokratischen Sozialismus, den er als Außenseiter in der amerikanischen Politik seit Jahrzehnten vertritt. Jetzt scheint er damit die Befindlichkeit eines großen Teils der Amerikaner zu treffen, deren Grundvertrauen in den amerikanischen Traum durch die Finanzkrise von 2007/2008 und deren Folgen nachhaltig gestört wurde.

Heute wird in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung seit Ende der 70er Jahre als eine Phase der Abwicklung empfunden.²⁰ Unter Abwicklung wird die zunehmende Desindustrialisierung, Verarmung der Mittelschichten und wachsende Ungleichheit in den USA verstanden. Auf diese gesellschaftliche Befindlichkeit ist auch der enorme Erfolg von Thomas Pikettys Buch „Das

and Partisan Antipathy Affect Politics, Compromise and Everyday Life, June 12, 2014, Washington D. C. 2015.

¹⁸ Ebd. S. 15.

¹⁹ Zum Programm von Bernie Sanders siehe: <https://berniesanders.com/issues/>

²⁰ Diese Befindlichkeit wird anschaulich beschrieben von GEORGE PACKER: *Die Abwicklung. Eine innere Geschichte des neuen Amerika*, aus dem Amerikanischen von Gregor Hens, Frankfurt a. M. (Fischer) 2014.

10. September 2015, Nr. 210, S. 17. So unterzeichnete Obama am 7. September 2015 einen Erlaß, der die Geschäftspartner der Bundesregierung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zwingt.

¹⁷ Siehe PEWRESEARCHCENTER: *Political Polarization in the American Public. How Increasing Ideological Uniformity*



Kapital im 21. Jahrhundert“ in den USA zurückzuführen.²¹

Auch Hillary Clinton ist bereits auf diese Befindlichkeit in ihrem Wahlprogramm eingegangen, in welchem sie unter anderem eine Erhöhung des Mindestlohns fordert.²² Aufgrund des erfolgreichen Agierens von Bernie Sanders könnte sie in den kommenden Wochen und Monaten gezwungen sein, noch weiter nach links zu rücken. Dadurch dürfte sich die politische Polarisierung zwischen den politischen Lagern in den USA weiter verstetigen.

Da der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Joe Biden bis dato nicht offiziell seine Kandidatur verkündet hat, sind die Umfragen hinsichtlich der demokratischen Präsidentschaftskandidaten unter Vorbehalt zu betrachten: Hillary Clinton (40,8 %), Bernie Sanders (27,6 %), Joe Biden (20,0 %), Jim Webb (0,8 %), Martin O'Malley (0,8 %) und Lincoln Chaffee (0,0 %).²³

Zur Verstetigung der politischen Polarisierung trägt auf republikanischer Seite besonders Donald Trump bei, allerdings weniger durch ein ausgefeiltes Programm²⁴ als durch markige Sprüche, mit welchen er den etablierten Politikbetrieb angreift und vorführt. Er bedient damit ebenso wie Bernie Sanders die neue Befindlichkeit in den USA. Sowohl der demokra-

tische Sozialist Sanders als auch der Republikaner Trump sagen zuweilen:²⁵

„The American Dream is dead!“

Dabei kann Trump offenbar vergessen machen, daß er selbst „ein Repräsentant des umfassenderen, korporatistischen, staatlich-privaten Systems“²⁶ ist. Auffällig ist, daß Trump zur Zeit in den Umfragen das Feld der republikanischen Bewerber um die US-Präsidenten kandidatur der Republikaner anführt. Trump führt mit 23,4 % vor Ben Carson (17 %), der ebenfalls ein politischer Außenseiter und ein Liebling der Tea Party Bewegung ist, Carly Fiorina (11,6 %), Marco Rubio (9,6 %), Jeb Bush (9,2 %), der als Inbegriff des etablierten amerikanischen Politikbetriebs gelten kann, und Ted Cruz (6,2 %), der aus der Tea Party stammt.²⁷ In einer Umfrage in Alabama führte Trump sogar mit 38 % vor Ben Carson (16,7 %) und vor Jeb Bush (4,9 %).²⁸

Auch wenn sich die Zahlen noch erheblich ändern können, so zeigen diese doch, daß sich die heutige politische Befindlichkeit in den USA gegen den etablierten Politikbetrieb wendet.

²¹ THOMAS PIKETTY: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, aus dem Französischen von Ilse Utz und Stefan Lorenzer, München (Beck) 2014.

²² Zum Programm von Hillary Clinton siehe u.a.: <https://www.hillaryclinton.com/the-four-fights/economy-of-tomorrow/>

²³ Stand vom 28. September 2015 auf der Homepage RealClearPolitics, wo alle bekannten Umfragen zusammengeführt werden, zuletzt abgerufen am 28. September 2015 unter:

http://www.realclearpolitics.com/epolls/2016/president/us/2016_democratic_presidential_nomination-3824.html

²⁴ Zum Programm von Donald Trump siehe: <https://www.donaldjtrump.com/>

²⁵ Vgl.: MARKUS GÜNTHER: „Bernie Sanders. Der Star, der aus dem Nichts kam“, in: Online-Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 25. August 2015, zuletzt abgerufen am 8. September 2015 unter:

http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/bernie-sanders-will-praesident-von-amerika-werden-13764193.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

²⁶ ROBERT GRÖZINGER: „Die amerikanische Ein-Mann-Pegida. Ein Produzent unter Plünderern löst Ohnmachtsanfälle aus“, in: *eigentlich frei*, Nr. 155, 18. Jg., September 2015, S. 21.

²⁷ Stand vom 28. September 2015 auf der Homepage RealClearPolitics, zuletzt abgerufen am 28. September 2015 unter:

http://www.realclearpolitics.com/epolls/2016/president/us/2016_republican_presidential_nomination-3823.html#polls

²⁸ Siehe den Eintrag auf der Homepage von Donald Trump vom 4. September 2015:

<http://www.donaldjtrump.com/news/trump-surpasses-field-flirts-with-40-percent-in-alabama-poll>



Der etablierte Politikbetrieb ist allerdings noch fest im Senat und Repräsentantenhaus installiert und wird – wenn überhaupt – nur schrittweise durch Wahlen in den nächsten Jahren ersetzt werden können, notabene: wenn überhaupt. Ohne dieses Establishment im Senat und Repräsentantenhaus kann kein Präsident, weder von demokratischer noch von republikanischer Seite, eine neue Politik durchsetzen.

Will ein Präsident zumindest Teile seines Programms durchsetzen, dann muß er sich auf Verhandlungen und Kompromisse mit dem politischen Establishment in Senat und Repräsentantenhaus einlassen. Sollte das politische Establishment nach der möglichen Wahl eines „Anti-Establishment-Präsidenten“ nicht gewillt sein, über die derzeitigen Angriffe auf sich hinwegzusehen, dann könnte sich die herrschende Politikblockade zementieren, was aber offen ist. Vorerst führt der Anti-Establishment-Wahlkampf von Sanders und Trump zur weiteren politischen Polarisierung in den Vereinigten Staaten, zumal sich auch ihre Mitbewerber im Nominierungswahlkampf ebenfalls in Richtung der jeweiligen Pole und nicht in die Mitte zu bewegen scheinen.

V. Kommt eine wirtschaftspolitische Wende?

Eine wirtschaftspolitische Wende, die diesen Namen verdient, ist in der derzeitigen politischen Lage der USA eher unwahrscheinlich. Zum einen müssen Präsident, Senat und Repräsentantenhaus im dargestellten Sinne überparteilich agieren, um eine wirtschaftspolitische Wende durchzusetzen, was unter den Verhältnissen politischer Polarisierung eben eher unwahrscheinlich ist. Zum anderen müssen aber auch die konkreten politischen Maßnahmen geeignet sein, die beiden Hauptprobleme der us-amerikanischen Volkswirtschaft zu lösen:

“We Americans should not cultivate Schadenfreude at the plight of Europe. The United States is not far behind Europe on its fiscal trajectory to default... We have two bad systems: the fiscal and the monetary. They are intertwined now as they were in the 18th and 19th centuries. They must be reformed, or together they will destroy the economic system that sustains them.”²⁹

Sowohl das Programm von Hillary Clinton als auch das Programm von Bernie Sanders ignorieren die Reformbedürftigkeit des fiskalischen und des geldpolitischen Systems der USA, obwohl gerade in diesen reformbedürftigen Systemen die Hauptursachen für die steigende Ungleichheit in den USA zu finden sind,³⁰ welche

²⁹ GERALD P. O'DRISCOLL, JR.: *Central Banks: Reform or Abolish?*, Cato Working Paper, October 15, 2012, S. 29 – 30.

³⁰ Vom heutigen fiskalischen und geldpolitischen System geht ein Zwang zu einer Geld- und Fiskalpolitik aus, der zu Vermögenspreisinflation und damit zu verstärkter Ungleichheit führt: „Aus der Sicht von Vermögensbeständen (die mit den Einkommen korreliert sind) profitieren Bevölkerungsschichten, die große Vermögenswerte halten gegenüber Bevölkerungsschichten mit geringen Vermögen... Für die USA zeigt sich eine enge Korrelation. Der steile Anstieg der Aktienpreise ist seit Beginn der 1990er Jahre mit einem deutlichen Anstieg des Anteils der Top-1 %-Einkommensbezieher an den gesamten Einkommen verbunden. Zwar ist in Krisen zunächst ein Rückgang dieses Anteils zu beobachten, da die Vermögenspreise zunächst stark fallen. Doch tragen die geldpolitischen Rettungsaktionen dazu bei, dass die Aktienpreise und der Anteil der privilegiertesten Einkommensschichten am Gesamteinkommen (weitgehend) auf dem erhöhten Niveau gehalten werden, das in den Boomphasen erreicht wurde. Werden durch die geldpolitischen Rettungsaktionen neue Blasen begünstigt, können die Einkommensanteile der Privilegierten weiter gehoben werden“ schreibt GUNTER SCHNABL: *Mit dem Kopf im Sand? Goodharts Gesetz und die Wirkungslosigkeit von Inflationszielen als geldpolitische Regelmechanismen*, Working Papers von Global Financial Markets, No. 55, Oktober 2014, S. 19. Für Deutschland wird diese Entwicklung durch den Flossbach von Storch Vermögenspreisindex veranschaulicht, siehe:

<http://www.fvs-ri.com/fvs-vermoegenspreisindex/ueberblick.html>

Allgemein zur Notwendigkeit einer neuen Geldordnung siehe THOMAS MAYER: *Die neue Ordnung des Geldes*.



sowohl Sanders als auch Clinton bekämpfen wollen. Auf republikanischer Seite gibt es mit einigen Vertretern der Tea Party Bewegung und insbesondere bei Rand Paul, der die Kampagne gegen die Allmacht der Fed seines Vaters Ron Paul weiterführt, zwar Ansätze eines Verständnisses für diesen systemischen Zusammenhang, aber noch längst keine Mehrheiten für durchgreifende Reformen.

Jeb Bush verspricht im Falle eines Wahlsieges Steuersenkungen für Unternehmen und Privatleute. Die Steuer für Unternehmen soll von 35 % auf 20 % gesenkt werden, damit die Unternehmen mehr Geld für Investitionen zur Verfügung haben. Für Privatleute fordert er einen Drei-Stufen-Tarif, mit welchem die Einkommen je nach Höhe mit 10 %, 25 % und 28 % besteuert werden sollen.³¹ Die politische Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern könnte damit auf Steuererhöhungen, insbesondere für Reiche, auf demokratischer Seite und Steuersenkungen auf republikanischer Seite hinauslaufen. Mit einer wirtschaftspolitischen Wende, mit welcher neue Strukturen gezogen und durchgreifende Reformen des fiskalischen und geldpolitischen Systems durchgesetzt werden, haben beide Programme wenig zu tun. Donald Trump forderte zudem in Interviews Einfuhrzölle zum Schutz heimischer Arbeitsplätze und outete sich damit als Vertreter eines *right wing protectionism*.

Zum heutigen Zeitpunkt ist zwar nicht abschätzbar, wen die Demokraten und wen die Republikaner zum jeweiligen Präsidentschaftskandidaten küren werden und ob ein demokratischer

oder republikanischer Kandidat im Januar 2017 als Präsident ins Weiße Haus einziehen wird. Ausgehend von den jeweiligen Programmen, die aufgrund der Checks and Balances im konkreten Gesetzgebungsprozeß durch viele faule Kompromisse noch verwässert werden dürften, wird man jedoch lediglich mit einer Spannbreite zwischen eher nachfrageorientierter und eher angebotsorientierter Wirtschaftspolitik im Rahmen des ökonomischen Mainstreams rechnen müssen. Mehr dürfte – obwohl es paradox klingt – gerade angesichts der politischen Polarisierung in den USA, die eher Politikblockaden hervorruft als Politikwenden begünstigt, nicht durchsetzbar sein.

Insgesamt setzt das der Möglichkeit, eine wirkliche Zinswende im Sinne einer Hochzinsphase einzuleiten und nicht nur eine Bewegung an den oberen Rand von Niedrigzinsen, enge Grenzen. Hohe Zinsen sind für die USA nur tragbar, wenn sie ihren Anteil der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt deutlich zurückfahren. Die Programme der demokratischen Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur lassen allerdings vermehrte Ausgabenprogramme erahnen, deren Kosten wohl nur zum geringeren Teil durch die geforderten Steuererhöhungen gedeckt werden können. Andererseits dürften Steuersenkungen durch die Republikaner nur zum geringeren Teil durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen werden. Zudem dürften im Gesetzgebungsverfahren von jeder Seite faule, kostspielige Kompromisse gemacht werden müssen, um überhaupt einen Teil der eigenen Forderungen durchsetzen zu können. Das überparteiliche Problem der Staatsverschuldung dürfte deshalb nicht angegangen, sondern eher verstetigt werden. Deshalb liegt die Einschätzung nahe, daß es zu keiner Zinswende in den USA kommen wird, die diesen Namen verdient.

Warum wir eine Geldreform brauchen, München(FinanzBuch) 2014.

³¹ Siehe „US-Präsidentschaftsbewerber Bush verspricht Steuersenkungen“, Meldung von Reuters vom 9. September 2015:

<http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEKCN090D320150909>



Um eine echte Zinswende durchhalten zu können, müßte es vorab zu einer echten wirtschaftspolitischen Wende kommen, mit welcher eine neue Geldordnung durchgesetzt wird, die institutionell dem fiskalischen System die Möglichkeit begrenzt, hohe Haushaltsdefizite zu beschließen. Im Gefüge des us-amerikanischen politischen Systems ist das nur durch ein überparteiliches Projekt und die Überwindung der politischen Polarisierung möglich. Noch ist in den USA aber kein Politiker in Sicht, der den Mut, die Kompetenz und die Ausdauer mitbringt, die Reform des fiskalischen und geldpolitischen Systems als überparteiliches Projekt zu formulieren und zu organisieren. Deshalb sollte mit einer Verstärkung der politischen Polarisierung gerechnet werden.

Anhang

Bis zum 28. September 2015 haben die folgenden Personen offiziell erklärt, als US-Präsident zu kandidieren:³²

Für die Demokratische Partei

1. HILLARY CLINTON am 4. April 2015
HillaryClinton.com
2. BERNIE SANDERS am 30. April 2015
BernieSanders.com
3. MARTIN O'MALLAY am 30. Mai 2015
MartinOMalley.com
4. LINCOLN CHAFEE am 3. Juni 2015
Chafee2016.com
5. JIM WEBB am 2. Juli 2015
Webb2016.com

Für die Republikanische Partei

1. TED CRUZ am 23. März 2015
TedCruz.org
2. RAND PAUL am 7. April 2015
RandPaul.com
3. MARCO RUBIO am 13. April 2015
MarcoRubio.com
4. BEN CARSON am 4. Mai 2015
BenCarson.com
5. CARLY FIORINA am 4. Mai 2015
CarlyForPresident.com
6. MIKE HUCKABEE am 5. Mai 2015
MikeHuckabee.com

³² Zuletzt abgerufen am 28. September 2015 unter:
<http://www.uspresidentialelectionnews.com/whos-running-for-president-in-2016/>



7. RICK SANTORUM am 27. Mai 2015
RickSantorum.com

8. GEORGE PATAKI am 28. Mai 2015
GeorgePataki.com

9. LINDSEY GRAHAM am 1. Juni 2015
LindseyGraham.com

10. RICK PERRY am 4. Juni 2015 und Kandidatur
zurückgezogen am 11. September 2015

11. JEB BUSH am 16. Juni 2015
Jeb2016.com

12. DONALD TRUMP am 16. Juni 2015
DonaldJTrump.com

13. BOBBY JINDAL am 24. Juni 2015
BobbyJindal.com

14. CHRIS CHRISTIE am 30. Juni 2015
ChrisChristie.com

15. SCOTT WALKER am 13. Juli 2015 und Kandida-
tur zurückgezogen am 21. September 2015

16. JOHN KASICH am 21. Juli 2015
JohnKasich.com

17. JIM GILMORE am 30. Juli 2015
GilmoreForAmerica.com

Kandidaturen aus anderen Parteien

Zudem kandidieren JILL STEIN für die Grüne Partei, GARY JOHNSON für die Libertäre Partei und JESSE VENTURA als unabhängiger Kandidat.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2015 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 28. September 2015